

Sitzungsbericht aus der Gemeinderatssitzung vom 03.11.2009

TAGESORDNUNG

1. Bürgerfragestunde

- Trotz Tempo-30-Beschränkung wird in der Annabergstraße deutlich zu schnell gefahren. Die Verwaltung wurde gebeten, entsprechende Markierungen auf dem Straßenbelag anzubringen. Dies wird sobald es die Witterungsverhältnisse wieder zulassen im Frühjahr 2010 geschehen.

- Am vergangenen Wochenende haben Jugendliche in der Annabergstraße ihr Unwesen getrieben. Wegen Sachbeschädigung musste die Polizei gerufen werden. In der Kiesgrubenstraße im Bereich des Eingangs zur Humusdeponie fanden in letzter Zeit öfters „Treffs“ von Jugendlichen statt. Am darauf folgenden Tag mussten große Mengen von leeren Alkoholflaschen, Pappbechern und sonstige Hinterlassenschaften durch den Bauhof weggeräumt werden. An dieser Stelle wurde den Mitarbeitern des Bauhofs ein dickes Lob ausgesprochen.

2. Abwasserzweckverband Mittleres Schussental

a) Änderung der Satzung des Abwasserzweckverbands Mittleres Schussental

Die zur Zeit gültige Verbandssatzung trat am 01.01.2006 in Kraft und ersetzte anlässlich eines neuen Wasserrechtes für das Verbandsklärwerk sowie des Abschlusses eines neuen Vertrages mit der Papierfabrik die zwanzig Jahre alte Vorgängersatzung. Dass bereits nach fünf Jahren eine Aktualisierung der Satzung angestrebt wird, hat verschiedene Gründe:

- Alle Mischwasserbehandlungsanlagen (Regenbecken) im Einzugsgebiet des Verbandes erhielten im Februar 2007 eine neue wasserrechtliche Genehmigung, die im Laufe dieses Jahres wegen der erzielten Einsparungen nochmals angepasst wird.
- Im Rahmen der Verwaltungsreform ging die behördliche Zuständigkeit für die Papierfabrik vom Landratsamt Ravensburg an das Regierungspräsidium Tübingen über. Das Regierungspräsidium arbeitet die gesamte genehmigungsrechtliche Situation der Papierfabrik neu auf und erließ im Rahmen dessen eine neue immissionsrechtliche Genehmigung für die Abwasserableitung zum Abwasserzweckverband Mittleres Schussental. Diese Werte müssen in der Satzung angepasst werden.
- Die Anlagentechnik im Verbandsklärwerk erlaubt zwischenzeitlich die Verstromung von Biogas. Deswegen soll die Annahme von Fremdstoffen vorgesehen werden.
- Die Verteilung von Investitionskosten war bisher nicht korrekt geregelt, weswegen bisher auf den Dreijahresmittelwert der Betriebskostenverteilung zurückgegriffen wurde. Üblich und in die aktuelle Fassung aufgenommen ist hierfür der seit Verbandsgründung vereinbarte Schlüssel für die Kapazitätsanteile, der schon immer für die Kapitalumlage galt.

- Es waren noch einige redaktionelle Punkte modernisierungsbedürftig (z. B. Gewässer statt Vorfluter, Anwendung der neuen Rechtschreibregeln), die in diesem Zuge mit erledigt wurden.

Beschluss

Der aktualisierten Fassung der Verbandssatzung für den Abwasserzweckverband Mittleres Schussental wurde zugestimmt.

Im Anschluss daran gab der den Abwasserzweckverband Mittleres Schussental beratende Ingenieur Herr Bunkofer noch einen kurzen Sachstandsbericht zu den Umbaumaßnahmen am Regenüberlaufbecken Schachen-Mehlis bekannt.

3. Tätigkeitsbericht des Gemeindevollzugsbediensteten

Herr Uwe Altenhof ist seit November 2008 als Gemeindevollzugsbediensteter beschäftigt. Er teilt mit, dass er im Frühjahr und Sommer überwiegend beim Spielplatz Mittlere Breite sowie am Dorfplatz und im Baidter Bädle anzutreffen war. Er ist regelmäßig präsent und führt mit den Jugendlichen viele Gespräche. Die Situation am Spielplatz Mittlere Breite hat sich nach Meinung der Anlieger deutlich verbessert. Auch am Dorfplatz ist es ruhiger geworden. Seit Mai diesen Jahres werden auch Parkverstöße im Gemeindegebiet von ihm geahndet – überwiegend in der Buchen- und Birkenstraße. Das Gremium begrüßte es, dass es mit Herrn Altenhof nun einen Ansprechpartner gibt, der bei Verstößen zeitnah vor Ort eingreifen kann. Bürgermeister Buemann wünschte ihm für die weitere, oft nicht einfache Arbeit weiterhin gutes Gelingen.

4. Informationen zur Abfallwirtschaft – Entsorgung von Windeln und Inkontinenzabfälle

Projekt Windel-Willi

Kämmerer Abele teilt mit:

Nach Vorgaben der Stiftung Liebenau kann der Windelverbrennungsofen bis zu 5000 Tonnen so genannte Inkontinenzsystemabfälle (z.B. Windeln, Einmalhandschuhe, Zellstofftücher, Verbandmaterial etc.) pro Jahr verwerten. Die durch die Verbrennung entstehende Wärme wird in der Liebenauer Wäscherei und in den Häusern für Warmwasser genutzt. Die Gemeinde Horgenzell hat von der Stiftung Liebenau ein sehr gutes Einführungsangebot erhalten und hat sich als allererste Gemeinde im oberschwäbischen Raum an dem Projekt beteiligt. Demzufolge spart die Gemeinde tatsächlich wesentlich da die Entsorgung in der Müllverbrennungsanlage in Kempten jede Gemeinde 162,59 € pro Tonne kostet.

Nachfolgende Einstiegsangebote liegen derzeit bei 152,32 €/to brutto zuzüglich Logistikkosten, Containermiete und Aufwand für die Windelsäcke. In Baidt bekommen Familien bei Nachwuchs 10 Müllsäcke (Wert 35 €) von der Gemeinde geschenkt. Die Wickelperiode eines Kindes beträgt rund 3 Jahre. Man rechnet, dass ein Kind in dieser Zeit durchschnittlich 1.000 kg produziert.

Die Verwaltung hat eine Kalkulation mit den bestehenden Konstanten angestellt. Der zusätzliche Service verursacht jährliche Kosten in Höhe 2.283 € und prognostizierte 10.000 € weniger Gebühreneinnahmen durch Einsatzreduzierung und geringerem Abfallsackverkauf, welche laut Gemeindeprüfungsanstalt nicht dem Gebührenzahler aufgebürdet werden können. Zudem kann auch nicht vorhergesagt werden, ob die 152,32 €/to auf Dauer gehalten werden können.

Eine Gemeinde gewinnt an Attraktivität wenn Familien und Pflegebedürftige unterstützt werden. Jedoch werden grundsätzlich Familien mit mehr Müllaufkommen schon jetzt unterstützt durch Personen, welche weniger Müll verbrauchen. Ein Bürger, der wenig Müll produziert, bezahlt den gleichen Fixkostenanteil wie ein Bürger, der viel Müll produziert. Die Mehrkosten von vom Projekt Windel-Willi müssen von der Allgemeinheit getragen werden. Da die Kosten laut Gemeindeprüfungsanstalt nicht vom Gebührenzahler getragen werden dürfen, und im Gemeindehaushalt 2010 kein Spielraum ist, ist eine Einführung derzeit kaum realisierbar.

Auf Grund der angespannten Haushaltslage der Gemeinde war man sich einig, diese Freiwilligkeitsleistung nicht weiter auszubauen. Es werden auch zukünftig bei einer Geburt einmalig 10 Abfallsäcke kostenlos ausgegeben.

5. Bauanträge

- a) **Bauantrag zum Abbruch eines Vorbaus und Neubau eines Zugangsbereichs mit Terrasse am Gebäude Friesenhäusler Straße 80, auf Flst. 149/10 in Baidt**

Beschluss:

1. Das gemeindliche Einvernehmen zum Bauantrag wird erteilt.
2. Für die Überschreitung der Baulinie wird eine Befreiung erteilt.

- b) **Bauantrag zum Neubau eines Wohnhauses mit Garagen auf Flst. 605/4 (Schachener Straße 110/1) in Baidt**

Beschluss:

Das gemeindliche Einvernehmen zum Bauantrag wird unter der Voraussetzung erteilt, dass bei der erneuten Auslegung des Bebauungsplanes keine dem Bauvorhaben entgegenstehenden Bedenken und Anregungen vorgetragen werden.

- c) **Bauantrag zum Neubau einer landwirtschaftlichen Biogasanlage mit Fahrsilo und Versorgungsleitungen auf Flst. 375 (Sulpacher Straße 99) in Baidt-Sulpach**

Beschluss:

1. Das gemeindliche Einvernehmen zum Neubau einer landwirtschaftlichen Biogasanlage mit Fahrsilos auf Flst. 375 wird erteilt.

2. Die Verwaltung wird beauftragt mit den Bauherren entsprechende Nutzungsverträge für die Verlegung von Versorgungsleitungen auf gemeindeeigenen Flächen abzuschließen.

6. Bericht zum Zustand Alte Aussegnungshalle

Ortsbaumeister Reich berichtet:

Die alte Aussegnungshalle (Friedhofkapelle) ist einem sehr schlechten Zustand. Das Mauerwerk ist durchfeuchtet und sanierungsbedürftig.

Unter dem Gebäude befindet sich eine Gruft. Die Kapelle diente seit 1952 bis zum Bau der neuen Aussegnungshalle 1996 als Aussegnungshalle. Im Moment wird der Bau nicht genutzt. Das Gebäude steht unter Denkmalschutz. Nach § 6 Denkmalschutzgesetz BW haben Eigentümer und Besitzer die Denkmale im Rahmen des Zumutbaren zu erhalten und pfleglich zu behandeln. Aufgrund der bereits starken Schädigung sollten baldmöglichst in Abstimmung mit der Denkmalschutzbehörde vorbeugende Maßnahmen zur Vermeidung von weiterer Schadensausbreitung durchgeführt werden.

Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt Sanierungskonzepte und Kostenvoranschläge einzuholen.

7. Sachstandsbericht DSL - Konzeptstudie zur kurzfristigen Behebung von Versorgungslücken in der Gemeinde Baidt

Der von der Gemeinde Baidt als Sachverständige zugezogene Herr Karg sowie der Kämmerer Herr Abele machen folgende Ausführungen:

Die Breitbandversorgung (Internetversorgung > 1 Mbit/s) wird schon seit längerem von der Gemeindeverwaltung forciert. Die DSL-Versorgung wurde bereits wesentlich mit dem Ausbau von KabelBW im Jahre 2007 verbessert. Östlich der ehemaligen Bundesstraße können große Teile mit schnellerem Internet über Kabel BW versorgt werden. Der Teilort Sulpach kann über die Deutsche Telekom mit bis zu 6 Mbit/s versorgt werden.

Die Problemfälle der Gemeinde befinden sich im Teilort Schachen mit dem Gewerbegebiet Mehlis und fast alle Bereiche westlich der ehemaligen Bundesstraße.

Die „Sonderlinie Breitbandinfrastruktur Ländlicher Raum“ wurde von der Gemeinde durchleuchtet. Als erste Maßnahme wurde eine Marktanalyse durchgeführt. Diese wurde am 08.05.2009 und 05.06.2009 im Amtsblatt und im Internet auf der Homepage der Gemeinde veröffentlicht. An dieser Umfrage haben sich 139 Firmen / Bürger der Gemeinde Baidt beteiligt. Es besteht von allen ein starkes Interesse an einem leistungsfähigeren Internetanschluss. Anhand dieser Umfrage wurden Pläne erstellt auf denen ersichtlich ist, wie die Versorgung in den einzelnen Wohngebieten ist.

Zeitgleich wurden 42 Anbieter von Breitband im Gemeindegebiet (Auskunft www.breitbandatlas.de) angeschrieben, ob ein weiterer Ausbau in naher Zukunft geplant ist. Daraufhin haben uns ca. 50 % der Anbieter geantwortet.

Die derzeit unterversorgten Gebiete (< 1 Mbit/s) können mit folgenden Techniken derzeit schon versorgt werden.

1. Über UMTS mit einer Bandbreite bis zu 3,5 MBit/s
2. Über einen regionalen Funkanbieter mit einer Bandbreite bis zu 4 Mbit/s
3. Über Satellit mit bis zu 3,6 Mbit/s

Stand heute ist die Gemeinde Baidt mit DSL zum Teil ausreichend versorgt. In naher Zukunft ist jedoch eine Breitbandversorgung von 50 – 100 Mbit/s erforderlich, da der Breitbandbedarf von Firmen sowie Bürgern stetig steigt (z.B. Internettelefonie, Heimarbeitsplätze, Datenverkehr von Firmen usw.). Um auf diese Bandbreiten zu kommen, ist aus heutiger Sicht ein Glasfasernetz erforderlich. Die Verwaltung bekommt leider keine Auskunft, wo im Gemeindegebiet Glasfaser liegt.

In der Zwischenzeit ist das Landratsamt Ravensburg in die Thematik „Breitbandversorgung“ eingestiegen und hat eine Beratungsfirma (tkt teleconsult) den Gemeinden an die Hand gegeben. Ziel soll es sein, kurzfristige Lösungen von weißen Flecken (unterversorgten Gebieten) zu erarbeiten. Als weißer Fleck gilt ein zusammenhängendes Gebiet mit kleiner 1 Mbit/s. bzw. wenn 5 Gewerbebetriebe einen größeren Bedarf nachweisen, gilt die Grenze von 40 Mbit/s. Die Firma tkt hat bessere Möglichkeiten an den Glasfaserbestand der Gemeinde zu kommen.

Der Verwaltungsausschuss des Landratsamts Ravensburg hat in seiner letzten Sitzung 06.10.2009 beschlossen, jetzt den Planungsauftrag für Modul B „Untersuchung modellhafter Vorhaben“ zu vergeben, um mit dieser Planungsgrundlage den Gemeinden zu ermöglichen, Fördermittel des Landes zu beantragen. Für Module C (Langfristkonzept – kreisweites Zuführungskonzept) und E (Geschäftsmodelle) werden vom Landkreis im Haushalt 2010 Mittel vorgesehen.

In Modul B können Investitionen in kommunale Glasfaserinfrastrukturen (Leerrohrtrassen) insbesondere als Lückenschlüsse oder zum Aufbau kommunaler leistungsfähiger Glasfasernetze in Gewerbegebieten als „Modellhaftes Vorhaben“ mit bis zu 75 % über das Entwicklungsprogramm Ländlicher Raum in Verbindung mit dem Konjunkturpaket II gefördert werden. Der Zeitrahmen für diese Förderung ist jedoch sehr eng gesteckt. Die Baumaßnahmen müssen bis Ende 2010 abgeschlossen sein.

Um an dieser Interkommunalen Zusammenarbeit teilnehmen zu können müssen alle Gemeinden eine Konzeptstudie (Modul A) an die Firma tkt in Auftrag geben. Diese Thematik wurde den Gemeinden am 19.10.2009 vorgestellt, eine Entscheidung über die Teilnahme musste bis 30.10.2009 mitgeteilt werden. Die

ersten Städte und Gemeinden (Stadt Bad Wurzach, Gemeinde Horgenzell usw.) haben schon mit der Firma tkt Verträge abgeschlossen.

Auch die Gemeinde Baidt hat im Zuge einer Eilentscheidung den Auftrag für die Erstellung einer Konzeptstudie in Höhe von 4.600 € netto (brutto 5.474 €) an die Firma tkt erteilt.

Die Verwaltung begrüßt die landkreisweite Untersuchung für eine harmonisierte Breitbandinfrastruktur. Jede Gemeinde wird quasi verpflichtet die Konzeptstudie mit der Firma tkt zu erarbeiten. Aus diesen Ergebnissen lassen sich landkreisweite Lösungsvorschläge und Handlungs-Empfehlungen herleiten. Da zwischen der landkreisweiten Informationsveranstaltung am 19.10.2009 und der verbindlichen Teilnahmeerklärung am 30.10.2009 keine Gemeinderatssitzung stattfand, musste bezüglich der Auftragsvergabe zur Erstellung einer Konzeptstudie eine Eilentscheidung getroffen werden.

Beschluss:

Der Gemeinderat nimmt den Sachstandsbericht DSL sowie die Eilentscheidung zur Vergabe Konzeptstudie (Modul A) an die Firma tkt zustimmend zur Kenntnis.

8. Informationen zum Haushalt 2010

Der Kämmerer Herr Abele macht dazu folgende Ausführungen:

Haushaltsjahr 2010 – Ausblick auf 2010

Maßgebend für das Haushaltsjahr 2010 ist der vom Innen- und Finanzministerium am 24.06.2009 bekanntgegebene Haushaltserlass. Hierbei sind wesentliche Orientierungsdaten zur kommunalen Haushalts- und Finanzplanung 2010 vorhanden. Die Orientierungsdaten für die Entwicklung der Finanzausgleichsleistungen basieren auf Berechnungen des Finanzministeriums. Sie berücksichtigen die Ergebnisse der Maisteuerschätzung. Die volle Wucht der Auswirkungen der Finanz- und Wirtschaftskrise ist in den kommunalen Haushalten für die Jahre 2010 bzw. 2011 und danach zu erwarten.

Sollte im Laufe des Jahres 2010 keine nachhaltige wirtschaftliche Erholung eintreten, die derzeit noch nicht wirklich zu erkennen ist, werden die Kommunalen Haushalte finanziell noch stärker unter Druck geraten, als dies bereits der Fall ist, wenn insbesondere für steuerschwächere Gemeinden wie Baidt, die wichtige Finanzierungssäule des Kommunalen Finanzausgleichs und seiner daraus resultierenden Schlüsselzuweisungen nach der mangelnden Steuerkraft ebenfalls rückläufig sein wird. Es ist mit einer längeren finanziellen Durststrecke zu rechnen, die bereits jetzt schon und verstärkt 2010 ff. die Leistungsfähigkeit und damit die Aufgabenwahrnehmung durch die Kommunen in Frage stellen wird. Dies gilt in besonderem Maße für neue Aufgaben wie z. B. den Ausbau der Kleinkindbetreuung U3. Zudem gilt dies in besonderer Weise für den bereits beschlossenen Rechtsanspruch auf einen Betreuungsplatz ab dem Kindergartenjahr 2013/2014 für die Kinder ab dem vollendeten ersten Lebensjahr sowie für eine verbindliche flächendeckende Einführung und Umsetzung des Orientierungsplans in der Kinderbetreuung.

Angesichts milliardenschwerer Konjunkturpakete, einem immensen Anstieg der Sozialleistungen bei einem konjunkturell bedingten Rückgang der Steuereinnahmen und einem bis 2013 zu erwartenden weiteren Anstieg der Staatsverschuldung um rund 300 Mrd. € entbehren Steuersenkungsversprechen der Regierungsparteien lt. Gemeindetag jeglichen Bezug zu den realen Gegebenheiten.

Nicht desto trotz gilt der Auftrag, die Konsolidierungsanstrengungen auf der Ausgabenseite fortzusetzen, stärker denn je.

Wie wirken sich die prognostizierten Steuereinnahmen für Baindt aus. Nach vorläufigen Berechnungen ergeben sich 2010 bei Unterabschnitt 9000 (Steuern, allg. Zuweisungen und Umlagen) der wichtigsten Einnahmequelle der Gemeinde, folgende wesentliche Veränderungen für 2010 gegenüber 2009.

Verschlechterungen 2010 gegenüber Plan 2009:

- Weniger Gemeindeanteil an der Einkommensteuer	354.200 €
- Weniger Schlüsselzuweisungen	123.200 €
- Mehr Finanzausgleichumlage	80.500 €
- Weniger kommunale Investitionspauschale	15.800 €
- Mehr Kreisumlage (Hebesatz 31,5%)	14.000 €
- Mehr Gewerbesteuerumlage	<u>6.200 €</u>
	593.900 €

Ergibt insgesamt im Vergleich zu 2009 eine finanzielle Verschlechterung in Höhe von ca. 593.900 €.

Zudem liegen die Personalkosten 2010 wegen Tarifvertragsabschlüsse für Angestellte und Beamte, höhere Entgeltgruppe bzw. -stufen um 75.730 € höher wie 2009.

Bei der Unterhaltung der Grundstücken und baulichen Anlagen wurden aufgrund Mittelanmeldung des Gebäudemanagement eine Senkung um 11.350 € gegenüber 2009 vorgenommen (Planansatz 2010 insg.: 160.350 €). Die Aufwendungen für Heizung wurden um 2.800 € auf 65.200 € gesenkt. Die Reinigungskosten wurden um 5.900 € auf 69.350 € gesenkt. Die Stromkosten inkl. Straßenbeleuchtung wurden um 5.500 € auf 72.000 € angepasst und die Kosten für Versicherung, Wasser- und Abwasser sowie Müll um insgesamt 6.500 € auf 38.800 € gesenkt.

Die Deckungsreserve wurde für unerwartete Ausgaben auf 0 € reduziert. **Insgesamt reduziert sich die Zuführungsrate des Verwaltungshaushalt an den Vermögenshaushalt von 127.800 € (Haushaltsjahr 2009) auf -475.000 € im Haushaltsjahr 2010, das heißt der Vermögenshaushalt muss 475.000 € aus der Rücklage dem laufenden Etat (Verwaltungshaushalt) zuführen um diesen ausgleichen zu können.**

2010 wird eine negative Zuführungsrate stattfinden. Wären noch Abschreibungen und kalkulatorische Zinsen im Verwaltungshaushalt zu erwirtschaften, wäre dieses Loch im laufenden Etat wesentlich größer.

Situation bei der Gewerbesteuer:

Die Gewerbesteuer 2010 wird in Höhe von 700.000 € (Vj. 700.000 €) veranschlagt. In den Planjahren 2008 und 2009 wurde die Gewerbesteuer zu niedrig prognostiziert. Geringere Ergebnisse aufgrund Unternehmenssteuerreform und konjunkturelle Einbrüche sind bisher zum Glück noch nicht so stark eingetreten. Da jedoch die Vorauszahlungen für 2010 bei nur 680.000 € liegen und nicht prognostiziert werden kann dass aus den Veranlagungen Nachzahlungen resultieren wird die Gewerbesteuer unter der Berücksichtigung, dass von der Gewerbesteuer nur ca. 25 % im Gemeindehaushalt verbleiben, mit wiederum 700.000 € angesetzt. Bei der Gewerbesteuerumlage müssen wir wegen eines höherem Umlagesatz ca. 6.200 € mehr aufwenden.

Die wesentlichen Belastungen im Einzelplan 9 erläutern sich wie folgt:

- **ca. 354.200 € weniger Gemeindeanteil an der Einkommensteuer**
Die Gemeinden bekommen 15% an der Lohn- und Einkommensteuer. Der Gemeindeanteil an der Einkommensteuer wird auf die einzelnen Gemeinden nach Maßgabe einer Schlüsselzahl verteilt, die das örtliche Aufkommen aus der Einkommensteuer ohne Berücksichtigung der Einkommensteuerspitzen berücksichtigt. So wird seit 2004 das zu versteuernde Einkommen bei Ledigen bis 30.000 € und bei Verheirateten bis zu 60.000 € einbezogen. Die Schlüsselzahl beträgt für die Gemeinde Baidt 0,0004430 (Vj. 0,0004430). Bei 3,6 Mrd. € (4,4 Mrd. € im HH-Plan 2009) Gemeindeanteil an der Einkommensteuer bedeutet dies für die Gemeinde ein Einnahmeausfall von 354.200 €.
- **ca. 123.200 € weniger Schlüsselzuweisungen und 15.800 € weniger Kommunale Investitionspauschale**
Die Steuerkraftmesszahl von 2009 beträgt aufgrund dem stärkeren Haushaltsjahr 2008 3.321.922 € (Vorjahr: 3.053.096 €). Da durch das stärkere Steuerjahr 2008 die Differenz zwischen Bedarfsmesszahl (Einwohnerzahl vom 30.06.2008 multipliziert mit einem Kopfbetrag) und der Steuerkraftmesszahl geringer ist, bekommt die Gemeinde Baidt 2009 weniger Finanzausweisungen nach mangelnder Steuerkraft zugewiesen. Das Finanzministerium geht zudem entgegen aller Erwartungen aller von einem höheren Kopfbetrag aus. Dies beruht darauf, dass der Rückgang des Verbundanteils an den Gemeinschaftssteuern von 2009 auf 2010 durch eine Steigerung der Finanzausgleichsumlage, die die Gemeinden selbst aufzubringen haben, etwas übertroffen wird. Die Gemeinde Baidt ist weiterhin bemüht die Zahl der Einwohner mit Nebenwohnsitz zu begrenzen, da die Gemeinde nur für jeden Einwohner mit Hauptwohnsitz Geld bekommt.
- **14.000 € mehr Kreisumlage**
Der Landkreis Ravensburg wird aller Voraussicht nach im Haushaltsentwurf keine weitere Kreisumlagesenkung in den Kreistag einbringen. Die Kämmerei geht von einem Hebesatz von weiterhin 31,5% (Planansatz 09 noch 33,5%) der Steuerkraftsumme aus. Bei einer Steuerkraftsumme von 4.536.886 € (Vorjahr 4.224.140 €) bedeutet dies für die Gemeinde Baidt Ausgaben in Höhe von 1.429.039 € und somit Mehrausgaben in Höhe von ca. 14.000 €. 1% Kreisumlage bedeutet rund 45.369 € Ausgaben.

- **80.500 € mehr zu zahlende Finanzausgleichsumlage**

Da das Haushaltsjahr 2008 mit einer Steuerkraftsumme von 4.536.886 € ein starkes Rechnungsjahr war, wirkt sich dies mit 80.500 € mehr Finanzausgleichsumlage aus. Der Finanzausgleich hat ein nivellierender Effekt. Was sich 2008 noch positiv im Gemeindehaushalt ausgewirkt hat, wirkt sich 2010 wieder negativer aus.

In den Haushaltsplänen 2007 und 2008 hatte es seit langem erstmals wieder eine sehr große positive Zuführungsrate zum Vermögenshaushalt gegeben.

Wie im Haushaltsvollzug 2009 schon berichtet, entwickeln sich Einnahmeansätze auch nicht so gut als erwartet. Der Gemeindeanteil an der Einkommenssteuer (3,925 Mrd. im Land) liegt um 210.000 € und die Schlüsselzuweisungen/Komm. Investitionspauschale um 90.000 € niedriger. Zudem sind bei den Personalausgaben Mehrausgaben in Höhe von ca. 35.000 € zu verkräften. Zudem sind auch außerplanmäßige Investitionen (Konjunkturpaket II Eigenanteil Bildungspauschale 28.000 € und Eigenanteil Infrastrukturpauschale 70.000 €, sowie Investitionen am Waldorfkindergarten in Höhe von 10.900 €, Erneuerung Straßenbeleuchtung

11.900 €) getätigt worden. Die laufenden Ausgaben müssen weiter im Auge behalten werden. Die bewirtschaftenden Stellen (Hauptamt, Bauamt, Kämmerei) müssen die Ausgabenansätze über ein Haushaltscontrolling regelmäßig überwachen und mögliche Einsparungspotenziale aufspüren.

Zusammengefasst bedeutet dies, dass für Investitionen des Vermögenshaushaltes keine Einnahmen aus dem Verwaltungshaushalt zur Deckung vorhanden sind. Geplante Investitionen müssen mit den Einnahmen des Vermögenshaushaltes (Zuweisungen und Zuschüsse, Rücklagenentnahmen, Kreditermächtigungen) komplett gegenfinanziert werden.

In der Vergangenheit hat die Gemeinde vor allem mit Einnahmen aus Grundstücksverkäufen ihre Investitionen finanzieren können. Noch offen ist deshalb, wie das Finanzierungsdefizit 2010 finanziert werden soll. Schulden sollten wenn möglich nicht aufgebaut werden. Die Rücklage sollte auch nicht ganz runtergefahren werden.

Der Schuldenstand der Gemeinde beträgt zum 31.12.2009 voraussichtlich, vorbehaltlich keiner Kreditaufnahme 2009:

- im Gemeindehaushalt: 0,00 € ('08 0,00 €)
- im EB Wasserversorgung: 494.095,21 € ('08 576.239,67 €)
(darin enthalten sind Trägerdarlehen der Gemeinde von 476.200,00 €, Kassenmehrausgaben vorauss. 0,00 €, externe Darlehen: 17.895,21 €)
- im EB Abwasserbeseitigung: 1.324.085,02 € ('08 1.366.885,02 €)
(darin enthalten sind Trägerdarlehen der Gemeinde von 1.160.000,00 €, Kassenmehrausgaben vorauss. 163.285,02 €, externe Darlehen: 0,00 €)

Der Gesamtschuldenstand der äußeren Schulden (ohne Trägerdarlehen der Gemeinde) beträgt somit zum 31.12.2009 17.895,21 € ('08 20.451,67 €). Bei 4.793 EW (30.12.08) ergibt dies eine Pro-Kopf-Verschuldung von 3,73 € je EW ('08 4,26 € je EW).

Stand der Allgemeinen Rücklage zum 31.12.2009 (Planwerte):

Stand 01.01.2009:	3.302.304,07 €
Plan Entnahme 2009 ca.: (Planansatz 2009 545.500 €)	600.000,00 €
Stand 31.12.2009 ca.:	2.702.304,07 €

Die Gemeindeeinnahmen brechen zum Teil stark ein und auf der anderen Seite sind Umlage- und Personal- und Betriebskostensteigerungen zu verkräften. Jedoch haben Gemeinderat und Verwaltung in der Vergangenheit solide gewirtschaftet.

Im Haushaltsplan 2010 könnten neben evtl. Änderungen/Verschiebungen etc. für gewisse Investitionsvorhaben ähnlich wie im Haushaltsplan 2009 mit einer Haushaltswirtschaftlichen Sperre versehen werden.

In der Dezembersitzung bzw. in der Januarsitzung wird der Haushalt dem Verwaltungsausschuss zur Vorberatung vorgelegt. Zu diesem Zeitpunkt liegt auch die aktuelle Novembersteuerschätzung vor und der Kreisumlagehebesatz 2010 steht mit evtl. einer Senkung auch schon fest.

Es gilt zu hoffen, dass sich der Arbeitsmarkt in der Krise stabil zeigt. Versprochene Steuererleichterungen wie z. B. bei der Einkommenssteuer können auch nicht zu Lasten der Kommunen gehen.

Beschluss:

Der Gemeinderat nimmt die Informationen zum Haushalt 2010 zur Kenntnis.

9. Anfragen und Bekanntgaben

- a) Es wurde auf den schlechten Zustand der als Keller genutzten Räume im Vereinshaus im Klosterhof hingewiesen. Ortsbaumeister Reich teilte mit, dass zwischenzeitlich ein Bericht der baueologischen Beratungsstelle vorliegt. Es wird wohl auf eine Sanierung der betroffenen Räume (Schimmelbildung) hinauslaufen. In einer der nächsten Sitzungen wird Herr Reich die Handlungsempfehlungen im Gremium ansprechen.
- b) In der letzten Gemeinderatssitzung am 6. Oktober 2009 wurde die Gründung einer Bürgerenergiegenossenschaft vertagt. Es wurde angefragt, ob es Alternativen dazu ohne Beteiligung eines Versorgungsunternehmens gibt. Ortsbaumeister Reich teilte mit, dass in den meisten Städten und Gemeinden die eine solche Bürgerenergiegenossenschaft gegründet haben, Versorger mit vertreten sind. In einer der nächsten Sitzungen wird sich das Gremium mit diesem Sachverhalt erneut befassen.

An der Sitzung waren bis zu 12 Zuhörerinnen und Zuhörer anwesend.

Vielen Dank für ihr kommen.
Walter Plangg, Hauptamtsleiter